

P r o t o k o l l
 über die öffentliche Sitzung
 des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport
 der Stadt Georgsmarienhütte vom 17.03.2022
 als Videokonferenz über die Software "ZOOM", sh. Dokument Bekanntmachung,

Anwesend:

Mitglieder

Olbricht, Jutta	
Ferié, Friedrich, Dr.	
Flaßpöhler, Mike	
Gießelmann, Ines	
Kleinheider, Marius	
Kremer, Christian	
Petzille, Christina	
Rathsmann, Volker	
Rosemann, Sabrina	
Ruthemeyer, Christoph	Vertretung für Herrn Kasselmann
Spreckelmeyer, Margit	
Wallenhorst, Sandra	Vertretung für Herrn Krüger
Welkener, Jörg	

Verwaltung

Herzberg, Alexander	Erster Stadtrat
Happe, Cordula	Leiterin FB III
Von der Heide, Alexander	Abteilungsleiter Soziales und Jugend
Häring, Susanne, Gleichstellungsbeauftragte	Gleichstellungsbeauftragte
Raufhake, Ann-Kathrin	Abteilung Soziales und Jugend

Protokollführung

Geier, Jana	
Willebrand, Nadja	

Fehlende Mitglieder

Kasselmann, Jens	vertreten durch Herrn Ruthemeyer
Krüger, Sebastian	vertreten durch Frau Wallenhorst

Hinzugewählte

Gärke, Sina	
Keiser-Scheer, Maria	
Reinhardt, Mark	
Vinke, Sven	
Winneke, Heike	

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 20:06 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/02/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport am 03.02.2022
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Integrativ-Kindertagesstätte Lummerland
3.2.	Kindertagesstätte St. Antonius
4.	Priorisierung der Baumaßnahmen 2022 Vorlage: BV/048/2022
5.	Sachstandsbericht: Hilfe für geflüchtete Menschen aus der Ukraine Vorlage: MV/015/2022
6.	Beantwortung von Anfragen
6.1.	Sachstand Sophie-Scholl-Schule
6.2.	Digitalisierung in Schulen
7.	Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Olbricht eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung vom 03.03.2022 werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt die Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/02/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport am 03.02.2022

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig bei zwei Enthaltungen gefasst:

Das Protokoll Nr. FB III/02/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport am 03.02.2022 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Integrativ-Kindertagesstätte Lummerland

Der Stadt liegt ein Antrag der Integrativ-Kindertagesstätte Lummerland über die Gewährung eines Zuschusses zu einer Stelle im Bundesfreiwilligendienst für das Kindergartenjahr 2022/2023 vor. Das Integrationszentrum Lummerland betreibt drei integrative Kindergarten- und eine integrative Krippengruppe mit insgesamt 15 Integrationsplätzen. Es ist eine anerkannte Einrichtung im Rahmen der Behindertenhilfe. Insbesondere Corona bedingt ist die personelle Lage angespannt. Um das Personal im Integrationsbereich, die Heilpädagoginnen bzw. Heilpädagogen, zu unterstützen und zu entlasten, soll diese zusätzliche Kraft über den Bundesfreiwilligendienst wie in den Vorjahren eingestellt werden. Die Verwaltung beabsichtigt, einen Zuschuss zu gewähren.

3.2. Kindertagesstätte St. Antonius

Die Kirchengemeinde St. Antonius Holzhausen-Ohrbeck hat die Gewährung von Zuschüssen zu einer Stelle im Freiwilligen Sozialen Jahr und einer Stelle im Bundesfreiwilligendienst für das Kindergartenjahr 2022/2023 beantragt. Ein entscheidungsreifer Antrag liegt noch nicht vor. Sobald alle Fragen geklärt sind, wird der Antrag aufgrund von Art und Umfang des Anliegens den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

4. Priorisierung der Baumaßnahmen 2022 Vorlage: BV/048/2022

Fachbereichsleiterin Frau Happe verweist auf die mit der Beschlussvorlage vorgelegten Anlagen. Das Bauunterhaltungsprogramm 2022 und die investiven Baumaßnahmen wurden in der Ratssitzung am 24.02.2022 im Rahmen der Haushaltsberatungen 2022 beschlossen. Die Festlegung der Priorisierungen wurde zur Beratung in den Fachausschuss verwiesen. Für die Investitionsmaßnahmen liegt außerdem eine aktualisierte Liste vor.

In der Priorität 1 sind alle Maßnahmen gelistet, die zur Wahrung der Verkehrssicherungspflicht oder aus technischer/fachlicher Bewertung vorrangig umgesetzt werden müssen. Die Priorisierungsliste berücksichtigt die angespannten personellen Kapazitäten und den sich daraus ergebenden Umfang der zu bewältigenden Maßnahmen. In Priorität 2 sind alle Bauunterhaltungsmaßnahmen gelistet, die nachrangig erledigt werden, wenn und soweit Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Seit 01.03.2022 liegt die Fortführung und weitere Abwicklung des Projektes „Entwicklung Areal Rehlberg“ mit dem Neubau des Sportlerheims in der Zuständigkeit des ZGM. Um die Fertigstellung dieses Projektes sicherzustellen, wurde die Sanierung der Sporthalle Realschule in zweiter Priorität gelistet.

Für das Projekt „Entwicklung Areal Rehlberg“ steht im Haushaltsjahr 2022 ein Haushaltsrest in Höhe von 3,16 Mio. Euro zur Verfügung.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer betont, dass die Sanierung der Sporthalle Realschule wichtig sei. Nach ihrer Kenntnis ist der Sportplatz am Rehlberg bereits nutzbar. Sie fragt sich daher, ob die Maßnahmen am Rehlberg zugunsten der Sanierung der Sporthalle Realschule geschoben werden können. Außerdem möchte sie wissen, ob bei der Sanierung „Alte Wanne“, sofern Fördermittel bewilligt werden, Aufgaben auch an externe Sachverständige übertragen werden können.

Auch Ausschussmitglied Frau Rosemann spricht sich dafür aus, die Sporthalle Realschule in Priorität 1 aufzunehmen und den Rehlberg zurückzustellen.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer kommt auf den Haushaltsrest von 3,16 Mio. Euro zu sprechen. Bevor über eine Priorisierung gesprochen werden kann, sollte seiner Ansicht nach geklärt werden, ob es sich um laufende Maßnahmen des Projektes handelt oder um Teilbereiche, die noch nicht begonnen wurden und ggf. noch zu stoppen sind.

Ausschussmitglied Herr Rathsmann hält eine Priorität 2 für die Sporthalle Realschule für nicht ausreichend, da eine Umsetzung 2022 so nicht gesichert ist. Die derzeitige Situation des Sportunterrichts mit einem zeitintensiven Transfer der Schüler zu anderen Sporthallen führt zu großen Beeinträchtigungen. Dies sollte möglichst schnell beendet werden.

Ausschussmitglied Frau Petzille spricht sich ebenfalls für eine Priorisierung der Sporthalle Realschule aus. Am Rehlberg sollten die grundlegenden, sicherheitsrelevanten Maßnahmen durchgeführt werden, damit dort unbeeinträchtigt Sport getrieben werden kann.

Frau Happe erklärt, dass der Haushaltsrest sowohl zur Deckung bereits erteilter Aufträge als auch zur Erteilung von Nachträgen und weiteren Aufträgen vorgesehen ist. Die beauftragten Firmen haben einen Anspruch auf Abschlagszahlungen, auf Abnahme ausgeführter Arbeiten sowie die Schlussrechnung innerhalb einer vorgegebenen Frist. Einzelne Aufträge sind noch offen, ebenso müssen einzelne Teilbereiche des Projektes wie z. B. die Dachterrasse des Vereinsheims und die Treppenanlage zum Rehlberg noch einer technischen Lösung zugeführt werden. Die Aufnahme der Sporthalle Realschule in Priorität 1 und die Herabstufung des Rehlbergs in die Priorität 2 bedeuten, dass die verfügbaren Kapazitäten für die Sporthalle verwendet werden und am Rehlberg lediglich erforderliche und an Fristen gebundene Arbeiten erledigt werden. Eine Fertigstellung des Rehlbergs in 2022 ist damit ausgeschlossen. Sie betont gleichzeitig, dass die Fertigstellung der Sporthalle Realschule in 2022 nicht zugesagt werden kann. Vor allem die aktuelle Marktlage, die aus Industrie und Handwerk allgemein bekannten Bestellzeiträume und Lieferengpässe sind problematisch.

Bezüglich der Sanierung „Alte Wanne“ erläutert Frau Happe, dass bei einer Bewilligung von Fördermitteln eine Umsetzung im Ausführungszeitraum des Förderbescheids erfolgen sollte. Externe Dienstleister würden in das Projekt eingebunden.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer betont, dass am Rehlberg ein für alle Seiten tragbarer Weg gefunden werden müsse. Es sei zu klären, welche Arbeiten beendet werden müssen. Neue Maßnahmen sollten nicht begonnen werden.

Frau Happe weist darauf hin, dass in der Ratssitzung die Streichung der auf Empfehlung der Verwaltung aus dem Haushaltsplan abzusetzenden nachrangigen Maßnahmen abgelehnt

wurde. Nach heutigem Stand sind diese Maßnahmen allerdings nicht in 2022 umsetzbar. Gleiches gilt auch für Maßnahmen der Priorität 2.

Ausschussmitglied Herr Kleinheider erkundigt sich zu der Bauunterhaltungsmaßnahme (Anlage 1) WC-Anlage Rathaus Parkplatz. Er fragt weiter an, warum die Erhöhung des Treppengeländers in der Freiherr-vom-Stein-Schule der Priorität 1 zugeordnet ist. Frau Happe erklärt, dass es sich in beiden Fällen um sicherheitsrelevante Arbeiten handelt. Weiterhin möchte Herr Kleinheider wissen, ob für das Bauvorhaben der DLRG ein Zuschuss möglich ist. Laut Frau Happe müsste ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schlägt die Ausschussvorsitzende vor, die Beschlussempfehlung hinsichtlich der diskutierten Priorisierungen abzuändern.

Folgende geänderte Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die Sanierung der Sporthalle Realschule wird in die Priorität 1 (grün) eingestuft.

Das Projekt „Entwicklung Areal Rehlberg“ wird mit Priorität 2 (gelb) fortgesetzt. Angefangene und zwingend abzuschließende Maßnahmen am Rehlberg werden ausgeführt. Neue Maßnahmen werden nicht begonnen.

Sofern für die Sanierung „Alte Wanne“ Fördermittel zugesagt werden, erfolgt eine Umsetzung im durch den Förderbescheid vorgegebenen Ausführungszeitraum.

Die weiteren Maßnahmen der laufenden Bauunterhaltung 2022 (Bauunterhaltungsprogramm) und die weiteren investiven Baumaßnahmen 2022 werden entsprechend der Empfehlung der Verwaltung priorisiert.

5. Sachstandsbericht: Hilfe für geflüchtete Menschen aus der Ukraine
Vorlage: MV/015/2022

Abteilungsleiter Herr Von der Heide erläutert den aktuellen Sachstandsbericht über die Hilfe für geflüchtete Menschen aus der Ukraine in der Stadt Georgsmarienhütte. Die Notunterkünfte in der Graf-Ludolf-Schule und Regenbogenschule für ca. 30 Personen sind bereits hergerichtet, aber derzeit noch nicht belegt. Außerhalb der Zuweisung ukrainischer Flüchtlinge über die LAB, sind bereits ca. 70 Personen an die Sozialabteilung herangetreten und haben Sozialleistungen beantragt, die bei Verwandten oder Bekannten privat untergebracht worden sind.

Allgemein herrsche in der Bevölkerung eine große Anteilnahme und Unterstützung zur Aufnahme von Flüchtlingen. So wurden der Stadt einzelne Zimmer, abgetrennte Wohnungen oder gar ganze Häuser zur Unterbringung angeboten. Gerade heute sei eine 7-köpfige und 5-köpfige Familie untergebracht worden. Das gesamte Team der Sozialabteilung arbeite derzeit mit Hochdruck an den unterschiedlichsten Herausforderungen zu dem Thema und eine Entwicklung sei noch ungewiss, da die Flüchtlingsströme voraussichtlich bedeutend höher sein könnten als im Jahr 2015/2016. Auch Firmen in Georgsmarienhütte bieten ungenutzte Gebäude/-teile als Lagerraum oder Zimmer mit Küche und Toiletten an.

Herr Von der Heide stellt weiter die neue Mitarbeiterin, Ann-Kathrin Raufhake, Dipl. Sozialarbeiterin in der Sozialabteilung vor. Frau Raufhake berichtet, dass sie seit 01.02.2022 bei der Stadt Georgsmarienhütte als Sozialarbeiterin tätig ist. Ihr Schwerpunkt liegt derzeit neben der Kindertagespflege bei der Wohnraumsuche für die ukrainischen Flüchtlinge. Momentan liegen 25 Angebote für privaten Wohnraum vor. Davon sind 1/3 abgeschlossenen Räume und 2/3 Wohnraum mit einer Verbindung zum Eigentümer. Firmen haben Hallen als Lagerraum angeboten. Allgemein erlebe auch sie eine große Hilfsbereitschaft in der

Bevölkerung und einige Vermittlungen von Flüchtlingen in Wohnraum konnten schon stattfinden.

Die Ausschussvorsitzende Frau Olbricht bedankt sich für die Ausführungen und die herausfordernden Tätigkeiten der Fachabteilung.

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Häring berichtet aus ihrem Aufgabenumfeld. Sie berichtet, dass sie mit der Sozialabteilung im regen Austausch steht und stellt heraus, dass unter den Geflüchteten vor allem Familien mit Kindern sind, die auch in Kita und Schule eine Herausforderung darstellen. Eine Aufnahme ist so einfach nicht möglich, die Kapazitäten sind ausgeschöpft. Alternative Betreuungsangebote wie Spielkreise, Bastelangebote etc. die verlässlich über einen bestimmten Zeitraum stattfinden sind notwendig. Für diese Angebote gebe es bereits interessierte Ehrenamtliche. Die Malteser übernehmen im Rahmen der Ehrenamtspauschale 15,00 € die Std. bei 4 Std. in der Woche. Eine garantierte Verlässlichkeit ist im Ehrenamt jedoch nicht immer gegeben.

Zu den Sprachangeboten berichtet sie, dass seit 2016 knapp 20 Sprachkurse (A1 – B2) über die Finanzierung von Landesmitteln durch die Arbeitslosenselbsthilfe durchgeführt wurden. Trotz des sinkenden Budgets hatte der Träger immer noch Kurse für Georgsmarienhütte erhalten. In der aktuellen und letzten Förderperiode hat es für Georgsmarienhütte keinen Zuschlag mehr gegeben. Selbst die afghanischen Ortskräfte konnten bislang nicht vom Jobcenter / Migrationszentrum in Sprachkurse vermittelt werden. Es steht ein sogenannter Erstorientierungskurs an, der allerdings kaum Sprache vermittelt, sondern den Teilnehmenden mehr den Lebensort vorstellt. Es fehlt an professionellem Sprachangebot.

Eine Anfrage mit einem neuen Konzept wurde bereits beim Landkreis Osnabrück eingereicht, ob die Anträge aus der Zielvereinbarung Migration-Integration für das Jahr 2022 verändert werden können. Dazu habe es noch keine Rückmeldung gegeben. Projekte könnten verändert werden, um Kinderbetreuungs- und Sprachangebote aufzubauen und zu finanzieren. Über einen ehemaligen BFDler, eigene Initiativen und über den Landkreis haben sich bereits einige Personen für ehrenamtliches Engagement gemeldet.

Am 16.03. fand in Kooperation mit dem Malteser Hilfsdienst ein Infoabend für diese Personen statt. Es wurde ein Informationspapier für Ehrenamtliche zusammengestellt, damit sie Kontakte und Informationen zu relevanten Fragen auf einen Blick haben. Die Hilfestellung für die Menschen ist dabei sehr vielfältig. Angefangen bei der Sortierung der Behördenbriefe, über das Ausfüllen der Anträge auf Hilfeleistungen, bis hin zu sozialpädagogischer Betreuung. Diese Art von Betreuung ist neben einem Sicherheitsdienst vor Ort enorm wichtig.

Weiter macht Frau Häring auf die personellen Kapazitäten aufmerksam. Derzeit ist eine Sozialarbeiterin über einen externen Dienstleister in der Unterkunft mit einer halben Stelle beschäftigt. Eine BAJlerin ist bis 30.09.2022 beschäftigt und in der Zuarbeit GB/Koordination Migration-Integration stehen 9 Stunden wöchentlich zur Verfügung. Die Koordination Migration-Integration Stelle ist mit 19,5 Stunden in der Woche eingerichtet und wichtig wäre die Auflösung des k.w. - Vermerks im Stellenplan, damit eine 30 Stunden-Stelle ausgeschrieben werden kann.

Mit Stand vom 16.03.2022 sind 44 ukrainische Personen – inkl. 17 Minderjährige im Bürgeramt der Stadt angemeldet worden.

Frau Olbricht hinterfragt die von Herrn Von der Heide genannten Zahlen. 30 vorhandene Betten in den Unterkünften der Stadt und bereits 70 angekommene Personen. Wie passt das? Herr Von der Heide erläutert, dass die bis jetzt angekommenen 70 Personen privat unterkommen sind und auf Dauer in den Wohnungsmarkt integriert werden müssen. Die 30

vorhanden Betten in den Unterkünften der Stadt, stehen den offiziell zugewiesenen Personen, die erwartet werden, zur Verfügung.

Die Ausschussvorsitzende Frau Olbricht bedankt sich bei Frau Häring und Herrn Von der Heide und eröffnet die Fragerunde.

Ausschussmitglied Frau Petzille bedankt sich ebenfalls beim Team des Rathauses und stellt das Engagement als beachtlich heraus. Für die CDU Fraktion stellt sich die Frage, welche psychologische Beratung und Unterstützung diesen Menschen angeboten wird. Weiterhin stellt sie sich die Frage, wenn sie von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen wird, die Hilfestellungen geben möchten, wo sich diese melden können. Herr Von der Heide führt aus, dass die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auch eine Krankenhilfe beinhalten, die wiederum eine psychologische Begleitung beinhaltet. Zu Frage 2 führt Herr Von der Heide aus, dass grds. Wohnraum weiterhin gesucht wird und alle Hinweise dazu auf der Internetseite der Stadt zu finden sind. Außerdem steht Ann-Kathrin Raufhake jederzeit für Fragen zur Verfügung. Frau Häring ergänzt dazu, dass die psychologische Hilfe auch ein Sprachproblem ist und eine Mappe zusammengestellt wurde, in der sämtliche Hilfen und Tipps z.B. auch zum Schulbesuch zusammengefasst wurde. Diese wird gerade übersetzt und dann herausgegeben.

Ausschussmitglied Herr Flaßpöhler erkundigt sich, wer die Hilfestellung bei der Begleitung zu Ärzten, Behörden etc. übernimmt. Wer hilft da? Frau Häring berichtete, dass bis jetzt die privaten Unterbringer diese Aufgabe übernommen haben und in Zukunft die Ehrenamtlichen diesen Part übernehmen werden.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer hinterfragt die Situation der Grundschul Kinder aus der Ukraine. In Gesprächen mit der Michaelisschule und der Verwaltung sei deutlich geworden, dass aufgrund des Einzugsgebietes der Michaelisschule, dieser nicht alleine die Aufnahme der Grundschul Kinder zugemutet werden kann. Die Schule leiste schon jetzt hervorragende Arbeit mit den bestehenden Herausforderungen und mehr geht nicht. Auch andere Grundschulen der Stadt müssen da in die Verantwortung genommen werden. Frau Häring erläutert, dass ihr diese Problematik durchaus bewusst sei. Der Grundsatz „Kleine Füße – Kleine Wege“ gilt zwar weiterhin für den Besuch der wohnortnächsten Schule, dennoch ist eine Beförderung von Grundschulkindern in andere Schulen aber auch möglich.

Frau Olbricht gibt zu bedenken, dass die Schulleitungen der Schulen durch Corona mittlerweile am Rande ihrer Kräfte sind und eine erneute Überlastung durch die Unterbringung der ukrainischen Kinder an nur einer Schule unbedingt verhindert werden müsse.

Herr Ruthemeyer möchte sich ebenfalls bei der Verwaltung für die Bewältigung der Herausforderungen bedanken. Er stellt sich jedoch die Frage, ob tatsächlich das so genannte Netzwerk besteht. Er würde sich eine wöchentliche Meldung von Fakten seitens der Stadt wünschen und hatte eine Einladung zu einer Auftaktveranstaltung zur Vernetzung der Flüchtlingshilfe erwartet. Er erlebe eine riesen große Bereitschaft in der Bevölkerung, die die Situation gemeinsam meistern wollen. Beispielsweise habe das Haus Ohrbeck eine Möglichkeit zur Unterbringung angeboten. Frau Häring und Herr Von der Heide bitten darum, zunächst jegliche Angebote von Wohnraumunterbringungen an die Stadt zu melden. Für eine offizielle Vernetzung in der Stadt im Rahmen einer Einladung war bisher einfach keine Zeit.

Der Erste Stadtrat Herr Herzberg bedankt sich bei der gesamten Belegschaft der Verwaltung für die große Bereitschaft auch ohne Anordnung von Überstunden die Hilfen für die ukrainischen Flüchtlinge zu organisieren. Er spricht im Namen der Verwaltungsleitung ein großes Lob aus. Von der momentanen Situation wurden alle Kommunen überrollt. Die Zuteilung der Flüchtlinge durch das Land läuft unorganisierter ab als 2015/2016. Die

Ukrainer, die bislang in Georgsmarienhütte angekommen sind, haben die Stadt auf privaten Wegen erreicht. Krisenstab und Koordinierungsgruppe beim Landkreis Osnabrück priorisieren derzeit die Unterbringung der Menschen. Die Rahmenbedingungen für weitere Themen wie z. B. Kita-Plätze oder Schulpflicht fehlen noch. Die Stadt kann Vorbereitungen treffen, eine konkrete Umsetzung ist allerdings noch nicht möglich. Für Privatleute, die ihre Hilfe anbieten möchten, wurde auf der Internetseite der Stadt ein Portal eingerichtet, über das sie sich melden können. Herr Herzberg weist darauf hin, dass die personellen Kapazitäten der Verwaltung begrenzt sind und Belastungsgrenzen erreicht sind.

Ausschussmitglied Herr Flaßpöhler hält eine Info-Veranstaltung der Stadt für die Vereine und Verbände für wichtig, um alle verfügbaren Kapazitäten auszuschöpfen.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer erachtet die Bündelung von Hilfsangeboten über die Stadt für sinnvoll. Angesichts der Situation leiste die Verwaltung großartige Arbeit. Auf das Portal könne die Politik hinweisen, wenn sie von Bürgern angesprochen wird.

Die Ausschussvorsitzende Frau Olbricht erkundigt sich, ob der Ehrenamtslotse eingebunden wird. Frau Häring bestätigt dies.

Ausschussmitglied Herr Dr. Ferié lobt ebenfalls die hervorragende Arbeit der Verwaltung. Er weist auf die niedrige Impfquote der Flüchtlinge und das damit verbundene Infektionsrisiko hin. Hier sollten Fachleute hinzugezogen und ein klares Hygienekonzept entwickelt werden. Die traumatisierten Menschen dürften gleichwohl nicht mit Nachfragen bedrängt, sondern sollten mit Rücksichtnahme behandelt werden.

Frau Häring führt aus, dass der Gleichstellungsbeauftragten eine Stelle für Zuarbeit zugeordnet ist. Diese Stelle wird derzeit mit 9 Stunden geführt, d. h. 30 Stunden sind nicht vergeben, die im Stellenplan als „kann wegfallen“ (KW) vermerkt sind und daher nur noch bis Ende 2022 zur Verfügung stehen würden. Eine Stellenbesetzung sei unter diesen Bedingungen nur schwer zu realisieren. Ausschussmitglied Frau Wallenhorst empfiehlt, einen schriftlichen Antrag zur Beratung in die Fraktionen zu geben und ggf. auch weitere Bedarfe aufzuzeigen. Die Ausschussvorsitzende fragt Herrn Herzberg, ob eine kurzfristige Lösung möglich wäre. Herr Herzberg verweist darauf, dass es für eine Stellenplanänderung eines Ratsbeschlusses bedarf. Erst im Anschluss an eine Bewilligung ist eine Ausschreibung und Besetzung der Stelle zulässig.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

6. Beantwortung von Anfragen

6.1. Sachstand Sophie-Scholl-Schule

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer hatte folgende Anfrage gestellt:

Hiermit fragen wir als SPD/FDP Gruppe an, wie der Sachstand bezüglich Sophie-Scholl-Schule ist.

Zur letzten FB III Sitzung hatten wir die Idee, dieses schon als Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Hier ging es konkret um die Frage, was eine Alternative für die Klassen sein könnte, wenn der Bau zum Sommer nicht fertig wird.

Die Verwaltung hatte gebeten, zunächst selbst noch einmal mit der Schule in Kontakt zu treten. Gemeinsam sollte nach Lösungen gesucht werden. Konnten hier schon erste Ideen entwickelt werden?

Antwort der Verwaltung

Frau Happe berichtet, dass die Arbeiten voranschreiten. Die öffentliche Ausschreibung, für die wie im letzten Ausschuss berichtet keine Angebote eingegangen waren, wurde erneut als beschränkte Ausschreibung versandt. Der Auftrag wurde an das wirtschaftlichste Angebot vergeben. Unklar ist weiterhin, ob die Mensa bis zum Sommer fertiggestellt werden kann. Die Aufstockung der Sophie-Scholl-Schule um vier Klassenräume am Standort Kirchstraße wird in der Priorität 1 durchgeführt. Die aktuelle Marktlage beim Handwerk und Baumaterialien ist allerdings nach wie vor angespannt und von der Verwaltung nicht beeinflussbar. Eine Fertigstellung der Klassenräume zum Sommer ist daher nicht möglich. Die Baumaßnahme wird im Schuljahr 2022/2023 fortgeführt. Bis zur Fertigstellung müsse die Außenstelle fortgeführt werden. Die Verwaltung sieht hierzu keine Alternative.

Der Lehrervertreter Herr Reinhardt bestätigt, dass sich die Auffassung der Schule mit dieser Darstellung deckt. Die Fortführung der Außenstelle sei alternativlos.

6.2. Digitalisierung in Schulen

Ausschussmitglied Herr Flaßpöhler hatte folgende Anfrage gestellt:

In der Vorlage BV/048/2022 (Anlage 1) zum Ausschuss FB III am 17.3.2022 steht die Maßnahme „MN-0600: Digitalisierung in Schulen“ mit 60.000€ in Prio 2.

Bitte teilen sie mir mit, was für Maßnahmen hier durchgeführt werden sollen.

Antwort der Verwaltung

Frau Happe erörtert, dass die Umsetzung des Digitalpakts federführend in der Abteilung Bildung und Sport liegt. Das ZGM wirkt begleitend z. B. durch Verkabelungsarbeiten mit. Geplant sind vor allem die Installation von Anzeigegeräten wie Displays und die dazugehörige Elektrotechnik in der Antoniussschule, der Freiherr-vom-Stein-Schule und der Sophie-Scholl-Schule.

7. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Olbricht
Vorsitz

i. A. Bürgermeisterin

Willebrand
Protokollführung

Geier